

ARBEITERBEWEGUNG

- Persönlichkeiten und Historie
aus der Region Mainfranken, Tauberfranken,
Badisches Frankenland, Württembergisch Franken,
Hällisch-Franken und Franken-Hohenlohe -

Traum-a-land

www.traumaland.de

ARBEITERBEWEGUNG

ARBEITERBEWEGUNG

- Persönlichkeiten und Historie
aus der Region Mainfranken, Tauberfranken,
Badisches Frankenland, Württembergisch Franken,
Hällisch-Franken und Franken-Hohenlohe -

© Traum-a-land Copyright:

Alle unsere Webseiten können kostenfrei gelesen und ausgedruckt werden. Ausgedruckte Textteile können in der üblichen Form unter Angabe der Quelle frei zitiert werden. Alle erfolgten Ausdrücke unterliegen dem Schutz des Urheberrechtes. Ihre Vervielfältigung und Weiterbearbeitung bedarf der schriftlichen Zustimmung.

Traum-a-land

traum-a-land@t-online.de

www.traumaland.de www.traum-a-land.de

Textredaktion: Jürgen Wohlfarth

Sammlung: Hermann Schäffner, Jürgen Wohlfarth

Persönlichkeiten

HANS BRÜMMER

Ein vergessener Sohn Tauberbischofsheims

Ohne von der Tauberbischofsheimer Öffentlichkeit bemerkt zu werden und damit auch ohne entsprechende Würdigung verstrich am 13.12.1996 der 110. Geburtstag von Hans Brümmer. Ebenso wenig war sein 30. Todestag am 19.12.1996 zum Anlaß einer Erinnerung. Wenig Trost bietet der Zustand, dass auch von Seiten der örtlichen SPD und der Gewerkschaft, insbesondere der IG Metall, beide Gedenktage keine Anlässe zu öffentlichen Feiern waren. Vergessenheit allerorts über eine Persönlichkeit, die zu den wirklich wichtigen Personen in der Geschichte Tauberbischofsheims, Baden-Württembergs und Deutschlands zu zählen ist.

Wer war nun Hans Brümmer? Geboren wurde er 1886 in Tauberbischofsheim als Sohn des Pferde- und Wagenschmiedes Johann Brümmer, bei dem er auch den handwerklichen Beruf als Schmied erlernte. Wie viele andere aus dem tauberfränkischen Raum – dieser lag nach dem Niedergang des Weinanbaus depressiv danieder und hatte auch kaum Industrialisierungsansätze – wanderte er in den Großraum Mannheim ab und blieb trotzdem seiner Heimatstadt verbunden. In jungen Jahren trat er in die SPD ein und begann eine Laufbahn innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). In den Zeiten des 1. Weltkrieges stand er der Krieg befürwortenden Politik der SPD kritisch gegenüber und gehörte 1916 zu den Mitbegründern der USPD. Bei den Streiks 1918 in Mannheim zeigte sich die Begabung Brümmers als Organisator und Redner auf Massenveranstaltungen der Gewerkschaften.

In den wirren Nachkriegszeiten bewährte sich Hans Brümmer als Minister für militärische Angelegenheiten in der badischen Volksregierung. 1923 wurde Brümmer wieder Mitglied der SPD und vertrat die Sozialdemokratie 1925 bis 1928 im badischen Landtag. Als Redner trat Hans Brümmer in diesen Jahren in Tauberbischofsheim auf. 1919 wurde er Bevollmächtigter der DMV in Mannheim, 1927 wurde er Mitglied der Bezirksleitung in der Region Stuttgart. Mannheim und Stuttgart waren wie heute die Hochburgen der Gewerkschaft in der metallverarbeitenden Branche, deren Nachfolger die IG Metall ist.

Der 2. Mai 1933 brachte in Deutschland das Ende der Gewerkschaften. Hans Brümmer wurde verhaftet, kam ins Gefängnis und wurde später an einer Berufsausübung

ARBEITERBEWEGUNG

gehindert. In der Endphase des Dritten Reichs begann Brümmer die Fäden zu einer Reorganisation der Gewerkschaften zu ziehen. Schon am 31. Mai 1945 wurde der württembergische Gewerkschaftsbund gegründet, gleichzeitig trug er zur Gründung der Gewerkschaft Metall Württemberg/Baden bei, deren 1. Vorsitzenden er 1946 wurde. Als Mann des Wiederaufbaus war er Mitglied des vorläufigen Württ.-Bad. Landtags und arbeitete an der Erstellung der Verfassung mit. 1948 wurde er einer der drei gleichberechtigten Vorsitzenden der IG Metall Deutschlands. Dieses Amt übte er bis 1956 aus. Auch der Aufbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ist seinem Engagement mit zu verdanken.

Am 19.12.1966 starb Hans Brümmer in Oberaichen, einem Stadtteil von Leinfelden-Echterdingen. Im Gegensatz zu seiner Geburtsstadt Tauberbischofsheim, die diesen bedeutenden Gewerkschafter und Sozialdemokraten, Mann der ersten Stunde und des Wiederaufbaus 1918 und 1945, mit Vergessenheit beschlägt, ehrt in Oberaichen als letztem Wohnort mit der Benennung eines Platzes nach ihm.
(Dez. 1996)

Der vergessene und noch nicht heimgekehrte Sohn

Unerwähnt bleibt in der besonderen Geschichtsschreibung einer Kleinstadt die Arbeiterbewegung, ihre Organisationen und Persönlichkeiten. Daß Hans Brümmer, einem wahren Manne des wirklichen Wiederaufbaus in der Tauberbischofsheimer Geschichtsbetreibung vergessen wird, ist besonders peinlich, handelt es sich bei Brümmer um den ersten Vorsitzenden der IG Metall in der BRD.

Johann Brümmer wurde am 13. Dez. 1886 als Sohn eines Huf- und Wagenschmieds in Tauberbischofsheim geboren und erlernte das Schmiedehandwerk. Wie viele andere seiner Zeit verließ er das Taubertal in Richtung Mannheim. Schon bald bildete sich bei ihm gewerkschaftliches und politische Bewusstsein (Mitglied der SPD) heraus und er wurde zum Gewerkschaftsbevollmächtigten. Später trat er zum Spartakus, dann zur USPD über. Im Januar 1918 organisierte er den Generalstreik in Mannheim. Nach der Revolution war er Mitglied der vorläufigen badischen Volksregierung. Über eine Rede als Minister im großen Bischenmer Rathaussaal weist die Wertheimer Zeitung vom 25.12.1918 zu berichten: Herr Brümmer entpuppte sich als Radikalist reinsten Wassers.

Bis 1933 war Brümmer u. a. SPD-Stadtrat in Mannheim, Mitglied des Badischen Landtages und in der Bezirksleitung des Metallarbeiter-Verbandes. In der Nazi-Zeit waren er und seine Frau mehrere Male Opfer der NS-Justiz.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann er mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung. Das führte zu seiner Wahl als Vorsitzender der IG Metall

ARBEITERBEWEGUNG

Nordwürttemberg und Baden, der britischen und amerikanischen Zone und ab 1950 der bundesweiten IG Metall. Mitglied war er ferner im Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes und im Beratenden Ausschuß der Montan-Union. Desweiteren vertrat er die Gewerkschaftsbewegung als Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Also, um es zusammenzufassen, ein Mann der ersten Stunde und des Wiederaufbaues, aber wohl kein Wiederaufbauer, wie ihn die Kleinstadtgötter zum Vorzeigen brauchen können. Lautete doch sein Resümee über den Wiederaufbau in einem Zeitungsartikel als IG Metall Vorsitzenden (31.12.1953) wie folgt: Die Kosten für den Wiederaufbau mussten als überwiegend der Verbraucher und die Arbeitnehmer bezahlen. Eine kleine Schicht des deutschen Volkes hat sich auf diesem Wege ungeheure Reichtümer angesammelt, die wohl einmalig in der deutschen Wirtschaftsgeschichte dastehen.

Hans Brümmer starb am 19. Dez. 1966 in Oberaichen bei Stuttgart. Sein Sohn ist heute als Gewerkschaftsekretär in Ludwigsburg tätig.
(ca. 1985, Beitrag für Zeitschrift Latschari)

Keine Widerstandskämpfer bekannt?

... Gedenknamen und Straßennamen zur Erinnerung an Widerstandskämpfer der Stadt seien nicht vorhanden, da hier keine Widerstandskämpfer waren. Vielleicht liegt darin die tiefen-psychologisch bedingte Verweigerung, sich der NS-Problematik zu stellen? Zum Glück kann dem Stadtarchivar nicht völlig recht gegeben werden, denn für die anstehenden Umbenennung der Richard-Trunk-Straße stände der Name eines besseren Vertreters Tauberbischofsheims an, einer Persönlichkeit aus der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, die von der Bischemer Geschichtsbetreibung bisher ebenfalls glatt unterschlagen wurde, nämlich Hans Brümmer, dem am 13. Dezember 1886 in Tauberbischofsheim geborenen Sohn des Huf- und Wagenschmieds Johann Brümmer.

Hans Brümmer war u. a. Organisator des Generalstreiks 1918 in Mannheim, Minister in der vorläufigen badischen Volksregierung (USPD) und Mitglied des Landtags, ab 1950 Bundesvorsitzender der IG Metall, Mitglied im Beratenden Ausschuß der Montanunion, Mitglied des vorläufigen württemberg-badischen Landtags und Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Brümmer, der immer wieder in unserem Raum Reden hielt, leistete im Dritten Reich aktiven Widerstand und wurde deshalb mehrere Male Opfer der NS-Justiz. ...

(Leserbrief Fränkische Nachrichten 8.10.1986, „Richard-Trunk“-Affäre: Vorsänger der NSDAP)

ARBEITERBEWEGUNG

Radikalist reinsten Wassers

Tauberbischofsheim, 24. Dez. Am Sonntag Nachmittag hielt Minister Brümmer, ein Sohn der Amtsstadt Tauberbischofsheim, im großen Rathaussaale seiner Vaterstadt, eine Werberede zu Gunsten der unabhängigen, d. h. der radikal-sozialistischen Partei. Neben Sozialdemokraten hatten sich auch viele Anhänger aus anderen Parteilagern eingefunden, so dass der Saal gut besetzt. Herr Brümmer entpuppte sich als Radikalist reinsten Wasser; im Vergleich zu ihm ist der sozialdemokratische Stadtrat Maier aus Heidelberg, der unlängst hier sprach, der reinste Waisenknabe in dieser Hinsicht. Herr Zahlmeister Stellvertreter Göppert trat dem Hrn. Minister in sachlichen, von warmer Ueberzeugung getragenen Worten entgegen und wandte sich scharf gegen die Vorwürfe, die Herr Brümmer den bürgerlichen Parteien gemacht hat.

Wertheimer Zeitung vom 25.12.1918

Kampf um Mitbestimmung

Metallarbeiterversammlung. Im Rahmen des Aufbaus der einzelnen Industrieverbände innerhalb des Württemberg-Badischen Gewerkschaftsbundes fand am 9. Mai im Gasthaus „Engel“ die erste Versammlung der Industriegruppe „Metall“ statt. Als Vertreter des Landesvorstandes waren die Kollegen Brümmer und Korn aus Stuttgart erschienen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Ortskartells schilderte Kollege Brümmer die katastrophale Wirtschafts- und Sozillage Nachkriegsdeutschlands. Der Geist zur Einigkeit der Arbeiter sei vorhanden, und man sei jetzt dabei, alle Landesverbände in einem einzigen großen Industrieverband Metall zusammenzufassen. Auch sei die Verständigung mit den Metallarbeitern anderer Länder vorwärtsgekommen; nur in England, Frankreich, Belgien und Hollands herrsche noch ein gewisses Misstrauen. Die Metallarbeiter seien die ersten in Deutschland, die seit dem 1. Januar wieder eine Notstandsunterstützung eingeführt hätten. Der Verband beabsichtige ferner, so führte Kollege Brümmer aus, ab 1. Juli wieder eine Streikunterstützung einzuführen. Auf die kommenden Tarifverhandlungen eingehend, erklärte er, dass die in der Vergangenheit bestehenden vielen Lohnklassen wegfallen müssten und dass an deren Stelle drei Lohnklassen genügen würden. Abschließend wies er darauf hin, dass die Gewerkschaften heute nicht nur um Lohn- und Urlaubsfragen kämpften, sondern vor allem um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Nach dieser Rede fand die Wahl des Ortsausschusses statt, in der der Kollege Beller zum ersten und der Kollege Becker zum zweiten Bevollmächtigten gewählt wurden.

Wertheimer Zeitung vom 17.05.1947

Jens Becker, Harald Jentsch: **Otto Brenner. Eine Biografie.** Steidl Verlag, Göttingen 2007.

Zum hundertsten Geburtstag von Otto Brenner veröffentlichte die Otto Brenner Stiftung der IG Metall drei Bände zu ihrem früheren Vorsitzenden, der wesentlich die deutsche Gewerkschaftsarbeit nach dem zweiten Weltkrieg prägte. Leider gibt es für einen der gleichberechtigten, ersten Vorsitzenden der IG Metall, dem aus Tauberbischofsheim stammenden Hans Brümmer, bisher keine entsprechende Würdigung, sind die Publikationen über Hans Brümmer sowieso ziemlich rar. In Tauberbischofsheim bisher völlig vergessen, ungeehrt, unerinnert, vergessener als vergessen. Ein Skandalosum, aber typisch für hinterländische Kleinstädte, fortschrittliche Söhne faktisch auszubürgern! Einschränkend darf eingeworfen werden, dass auch die lokale IG Metall und SPD ihren wichtigsten Sohn, ihr wichtigstes Mitglied ignorieren, besser auf den Punkt gebracht gar nicht kennen. Geschichtliches Bewusstsein auf niedrigstem Level.

Die Bedeutung der „linken“ IG Metall für die Entwicklung der BRD als eine der größten Gewerkschaften der Erde muß nicht mehr besonders hervorgerufen werden: Streiks für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einführung der 40-Stunden-Woche, Kampf gegen die Notstandsgesetze 1968 sprechen für sich. Die Biografie Brenners gibt uns als am Tauberfränkischen Interessierten Möglichkeiten, dem Wirken von Hans Brümmer in der IG Metall nach dem Zweiten Weltkrieg näher zu kommen, auch wenn es an der Politik Brümmers von Brenners Seite aus nicht immer Streicheleinheiten gab. Vorsichtige Kritik brachte der „eiserne“ Otto am Verhalten der IG Metall Bundesvorsitzenden Hans Brümmer und Walter Freitag vor, im Sommer 1951 den streikenden hessischen Metallarbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 6 Pfennige zu vereinbaren, obwohl die IG Metall in Hessen 12 Pfennige forderte, obwohl die hessischen Arbeiter weiterhin streikbereit waren, trotz hoher damaliger Arbeitslosigkeit.

Der 1886 in Tauberbischofsheim geborene Brümmer schlug 1952 vor, den Hannover Bezirksleiter Brenner nach Frankfurt in den IG Metall Hauptvorstand zu holen. Brümmer hoffte, Brenner als seinen Stellvertreter und als seinen Nachfolger einarbeiten zu können. Brümmers Versuch, Brenner als stellvertretenden, nicht als gleichberechtigten Vorsitzenden zu wählen scheiterte. Am 17. Dezember 1952 wurde Brenner zum gleichberechtigten Vorsitzenden der IG Metall gewählt. Nach einem Memorandum von Siegfried Neumann schlug Brümmer allerdings Brenner in der Absicht vor, um „selber regieren“ zu können. Ein Urteil, dass für einen 66jährigen wohl nicht mehr unbedingt zutreffen muß, obwohl Brümmer bis 1956 seine Funktionen ausübte. Brümmer und Brenner, ursprüngliche SPD-Mitglieder, verließen diese und kehrten in die Mutter der deutschen Arbeiterpartei wieder zurück. Im Konflikt mit der DDR gesteuerten KPD zeigten sich beide als harte Vertreter des Einheitsgewerkschaftsprinzips, wohl aus der Erfahrung der Weimarer Zeit heraus. Allen Mitgliedern der KPD, die „Funktionäre unserer Organisation sind oder es werden wollen“ wurde ab Mai 1953 eine von Hans Brümmer und Otto Brenner unterzeichnete

ARBEITERBEWEGUNG

Erklärung zugesandt, die eine Loyalitätserklärung gegen über der IG Metall abverlangte. Ursache war die These 37, die auf einem Parteitag der KPD verabschiedet wurde und als Unterwanderung der Gewerkschaft aufgefasst wurde. Insofern löste das KPD-Verbot von 1956 bei den Gewerkschaften keine Protestbewegung aus. Das Einheitsgewerkschaftsprinzip rigide eingehalten, verkrustet gehandhabt, stand allerdings Jahrzehnte später dem Pluralismus, dem Multikulti-Prinzip entgegen, so kam auch die Unterstützung gegen die Daimler-Benz Teststrecke bei Boxberg mehr aus den Arbeiterkräften, die oppositionell gegen die gewerkschaftliche Majorität im Daimler Betriebsrat agierten.

1955 waren gewerkschaftliche Großkampftage: Brenner kämpfte gegen den „Mythos der Sozialpartnerschaft“, gegen die Tendenzen, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Montanindustrie zu verlieren, gegen die Absicht der Bundesregierung staatliche Schlichtungen bei Tarifaueinandersetzungen zu etablieren. 1956 brachen die Spannungen zwischen Brenner und Brümmer offen auf, insbesondere bei den Beratungen über das Bremer Arbeitszeitabkommen. Brümmer erkrankte, resignierte und verzichtete auf eine weitere Kandidatur zur Wiederwahl als Vorsitzenden. 1961 wurde das Vorstandsmitglied der IG Metall und gleichzeitig Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Der Gewerkschafter“ Kuno Brandel unter Einfluss von Otto Brenner entmacht. Ein für die IG Metall erstaunlicher Vorgang, schieden doch ansonsten Vorstände nur durch Tod, Krankheit oder altersbedingt aus. Hans Brümmer bezweifelte das Recht des Beirates, Kuno Brandel aus seinen Ämtern zu entsetzen. Die Autoren urteilen über Hans Brümmer, dass er zusammen mit Walter Freitag die IG Metall zwar solide, aber ohne Fortune geführt hatten. Die volle Machtentfaltung der IG Metall gelang erst unter der Führung von Otto Brenner. Dies ist allerdings kein Grund, den Tauberbischofsheimer Gewerkschaftsführer Hans Brümmer nicht zu ehren, weiterhin nicht zu würdigen, in seiner Geburtsstadt weitgehend zu ignorieren!

EDWIN HOERNLE

- ein klassischer SPD / KPD Provinzarbeiter

In unserer Region ist ein recht prominenter KPD-ler der 20iger Jahre und späterer Agrarminister der DDR aufgewachsen, nämlich Edwin Hoernle. Er war der führende Kopf der KPD-Landarbeit in der Weimarer Republik und noch ein kritischer dazu, denn er hat desöfteren in seinen Schriften die plumpe Art der Dorfagitation kritisiert und Verbesserungsvorschläge gemacht.

Edwin Hoernle wurde am 11. Dezember 1883 in Cannstatt / Stuttgart geboren. Sein Vater, selbst Sohn eines Missionars, war evangelischer Missionar. Nach einigen Jahren missionarischer Tätigkeit in Ostindien übernahm Hermann Hoernle die Stelle eines Landpfarrers in Beimbach bei Gerabronn (Nordwürttemberg).

In der widersprüchlichen Atmosphäre eines evangelischen Pfarrhauses – zwischen autoritärer Unterwürfigkeit und Gottesgläubigkeit auf der einen Seite und geistiger Anregung und Zeit zum Nachdenken auf der anderen Seite, wuchs er auf. Trotz der Abgelegenheit des Dorfes hat die Realität der Gesellschaft, die Klassenspaltung auch auf dem Dorfe, dazu geführt, dass sich Edwin Hoernle recht früh damit auseinandersetzte: „So gering in dem abgelegenen Dorfe der Klassegegensatz zwischen den wohlhabenden und den kleinen Tagelöhnern in Erscheinung trat, er genügte doch, um mich davon zu überzeugen, dass die besitzenden Schichten zwar selbstgefällig jeden Sonntag zur Kirche gingen, aber im übrigen nicht daran dachten, die Lehren Christi, wie sie mein Vater auslegte, in ihrem täglichen Leben zu verwirklichen. Ich stellte mit Befremden fest, dass selbst meine Eltern jener laxen Auffassung Konzessionen machten und mitunter die Fehler und Laster eines armen Tagelöhners oder Fuhrmanns schärfer verurteilten als die von reichen Bauern verübten Härten und Ungerechtigkeiten.“

Er hat als privilegierter Pfarrersohn hatte die Zeit, das Wissen und den lebendigen Widerspruch zwischen der Lehre seines Vaters („Jedermann sei Untertan der Obrigkeit, die über einem herrscht“, Römer-Brief, 13) und der dörflichen Lebenswelt vor Augen, was bei ihm ein diffuses Unbehagen, eine innere Auflehnung und einen Widerspruchsgeist hervorrief. Er interpretierte die Bibel um in ein Manifest der Gerechtigkeit und stritt sich mit seinem Vater, für den die Religion und sein Beruf etwas Berufenes und nichts Diskutierbares waren. Solche Debatten wurden meist mit einem väterlichen Machtwort unterbunden, das nicht selten in dem Satz gipfelte: „Aus dir wird noch einmal ein Roter“.

Edwin Hoernle wusste zu diesem Zeitpunkt nicht, was ein ‚Roter‘ ist, sondern bekam lediglich mit, dass seine Eltern abschätzig von den ‚Roten‘ sprachen und ihn selbst

ARBEITERBEWEGUNG

aufgrund seiner Widerspenstigkeit als ‚Roten‘ bezeichneten. Im vierzehnten Lebensjahr verließ er sein Elternhaus, um zuerst in der Kleinstadt Schorndorf die „Lateinschule“, später in Ludwigsburg und Stuttgart das humanistische Gymnasium zu besuchen.

Im Schulinternat war er kein „Musterschüler“ im Sinne der konservativen Lehrer, sondern lehnte sich gegen die stupide, autoritäre Zucht in der Knabenpension auf und führte mit den Schulkameraden oft lange und wirre Diskussionen. Nach Beendigung der Schulzeit studierte er Theologie in Tübingen (wie er später bekannte, wegen der guten Stipendien), obwohl er in der Hauptsache politische Geschichte, Philosophie, Ästhetik und Psychologie-Vorlesungen besuchte. Seine Studienzeit war ein „Ausleben“: es wurde viel philosophisch diskutiert, eifrig schöne Literatur gelesen, gewandert, geträumt und gedichtet.

Mit den sozialen Bewegungen der Zeit hatte der Student Hoernle kaum etwas zu tun, bis er ein Wintersemester in Berlin verbrachte und dadurch mit der Brutalität der Großstadt und den Lebensbedingungen des Proletariats konfrontiert wurde. In einem Rückblick schreibt er darüber: „Ein Wintersemester in Berlin brachte mich endlich in konkrete Berührung mit dem Proletariat. Die rauhen Misttöne kapitalistischer Großstadtwirklichkeit beleidigten schmerzhaft die an melodische Harmonien gewöhnten Ohren des bisher fast welt- und menschenscheuen Träumers. Abgründe taten sich vor mir auf, über die ich keine Brücke wusste. Grauen schüttelte mich beim Anblick der Bettler und Streichholzverkäufer an den Straßenecken. Mit Schrecken sah ich die nächtlichen Dirnen und Zuhälter, erblickte die frierenden Kinder, bekam ich flüchtige Einblicke in die Not, Rohheit und Verwahrlosung der Hinterhöfe.“

Der 24-jährige Hoernle war durch diese Erfahrungen geschockt, denn sie zerstörten sein bisher geordnetes Weltbild eines mystischen Pietisten; er wurde entschieden weltlich. Trotzdem legte er 1909 die theologische Dienstprüfung ab und war für 3 Monate als Landvikar tätig. Nach einigen flammigen Reden von der Kanzel kapitulierte Hoernle vor dem inneren Widerspruch, da er den Eindruck gewann, seine Anstrengungen und Appelle verhallen ungehört, er komme gegen das Elend so nicht an.

Er ging nach Berlin und schlug sich als Privatlehrer durch. Seine Eltern waren bestürzt, denn ihr Sohn machte ihnen „Schande“. Er brach die Beziehungen zum Elternhaus gänzlich ab und trat als 26-jähriger 1910 der SPD bei. 1912 kehrte er nach Stuttgart zurück und wurde Feuilletonredakteur bei der SPD-Zeitung „Schwäbisches Tagblatt“. Während des 1. Weltkrieges wurde er aus der Redaktion der Zeitung entfernt und erhielt Rede- und Schreibverbot. Die von ihm herausgegebene Zeitschrift für Jugendliche „Morgenrot“ fiel der Militärzensur zum Opfer. Er selbst musste einige Wochen einsitzen. 1915 wurde er Redakteur der sozialistischen Frauenzeitschrift „Gleichheit“, deren Kinderbeilage er verfasste. 1916 wurde Edwin Hoernle in einem Prozeß wegen „Aufruhrs und Vergehens gegen das Belagerungszustandsgesetz“ verurteilt und als bereits ausgemusteter dienstuntauglicher Soldat an die Front geschickt.

ARBEITERBEWEGUNG

Ende September 1918 wurde Hoernle schwer verwundet und musste in ein Heimatlazarett überführt werden. Der genesene Hoernle wurde Mitglied des Exekutivkomitees des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates. Sein Versuch, die Revolution auf das Dorf auszudehnen, scheiterte. Nach der Gründung der KPD war Hoernle Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg und Redakteur der Wochenzeitung „Der Kommunist“ und des Sonntagsblattes für Kleinbauern „Der Pflug“.

1919 wurde Edwin Hoernle Mitglied des ZK der KPD und zum Leiter der „Abteilung für die Arbeit auf dem Lande“ gewählt. Diesen Arbeitsbereich hatte er nach langer Debatte in der zentralen Leitung der KPD durchgesetzt. Obwohl Hoernle das Land nur von seiner Kindheit, aus seiner kurzen Landvikarzeit und aus Veranstaltungen in der Dorf-Umgebung von Stuttgart kannte und nach eigener Einschätzung von Landwirtschaft nichts verstand, bzw. einen nur theoretischen Zugang hatte, machte er sich für das Land und die Landarbeit und Landagitation (einem vernachlässigten Teil der KPD-Arbeit) stark.

Seit 1925 beschäftigte sich Hoernle (neben dem Schwerpunkt Kinderarbeit) in der Hauptsache mit der Land-Frage und übte Kritik an der mechanischen Arbeit der KPD, die den Landarbeitern viel zu aktionistisch begegnete in Form von Landsontagen (Fahrrad-Agitation auf dem Land), in Veranstaltungen (Kolonnen aufs Land), die meist in Schlägereien mit der SA ausarteten und schlug in seinem Programm „Das Gesicht dem Dorfe zu“ (1926) vor, ein System von Patenschaften zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden (KPD-Gemeinden) aufzubauen und durch Besuche und Informationsfluß zu festigen.

Obwohl es in beinahe jedem größeren Dorf einige aktive KPDLer gab, hatten die Roten auf dem Lande nichts zu bestellen, und wurden durch Freibieraktionen der Dorfbourgeoisie, Großbauern und Junker, durch Kanzelreden und SA-Schläger, durch Bürgerwehren und Ortsverbote, durch Einschüchterungen der Sympathisanten und Saalverbot unterdrückt. Hinzu kamen die Fehler KPD-Agitation, das Land von Außen durch Stoßtrupps und LKW-Kolonnen „aufzubrechen“, deren Wirkung nur ein Wochenende anhielt und danach die Freunde vorort wieder der Repression der Provinz überließ. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Arbeit auf dem Lande immer mehr zum Verteidigungskampf gegen über den Nazis wurde, um das Überlaufen der Dörfer zu verhindern.

Als auch die Dörfer an die Nazis verloren gingen, musste Edwin Hoernle 1933 Deutschland verlassen und schlug sich über die Schweiz nach Moskau durch, wo er Mitglied des Internationalen Agrarinstituts wurde. Über die Zeit des Zweiten Weltkrieges in seiner Biographie ist wenig zu erfahren. Nach 1945 kehrte er als Mitglied des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ in die SBZ zurück und wurde Leiter der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft und war maßgeblich an der Bodenreform in der DDR beteiligt. Danach lehrte er als Professor an der Akademie für

ARBEITERBEWEGUNG

Landwirtschaften in Berlin (DDR). Er starb am 21. Juli 1952. Mit ihm starb auch die ideenreiche Land- und Agrardiskussion innerhalb der historischen Linken, die in der DDR zur Rechtfertigungswissenschaft verkam und in der BRD erst durch die Studentenbewegung und danach (Provinzarbeit-Diskussion, Linke Agrarier und Bauern-Diskussionskreise) wieder aufgegriffen wurde.

Literatur:

Wolfgang Mehnert: Edwin Hoernle (Reihe: Lebensbilder großer Pädagogen), Volk und Wissen 1963

Edwin Hoernle: Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, Dietz-Verlag 1972

Aus: Edwin Hoernle – Ein klassischer SPD / KPD Provinzarbeiter. In: TRAUM-A-LAND Nr. 20 Juli / August 1981, S. 27 – 30

Literarische Zeugnisse der Arbeiterbewegung

Wilhelm Weigand: **Die Frankenthaler**. Bibliothek der Romane. Insel-Verlag Leipzig, 1. Auflage 1889 (mehrere Auflagen in verschiedenen Verlagen).

Wilhelm Weigand übermittelt in seinem Frankenthaler, der die Kleinstadt Tauberbischofsheim, wenn auch literarisch vergrößert, zum Thema macht, einen interessanten Einblick in die Lage des kleinstädtischen Proletariats, wenn auch mehr ungewollt, da Weigand sich immer mehr in das gegensätzliche Lager der Volksgemeinschaft hineinschrieb. Die Lage der „armen Leute“ einer Kleinstadt ist ansonsten viel zu sehr unberücksichtigt, völlig schräg mit dem romantisch verklärenden Blick auf die schief winkligen Häuser in den Armen-Vierteln verklärt. Im Frankenthaler wird das unromantische Dasein des kleinstädtischen Proletariats sehr deutlich. Mit der Überschwemmung einer Fabrik verlieren viele der Arbeiter ihre Arbeit und schreiten infolge mit einer spontanen Aktion zu einer gewalttätigen Ausschreitung. Weigand beschreibt wunderbar, wie ein proletarischer Sprecher mit einer bildreichen Rede die Massen zum Ausschreiten bringt. Allerdings fehlt dem Sprecher jeglicher sozialdemokratische Ansatz, aber die Beispiele die der Redner in seiner Ansprache an die Arbeiter bringt, sind auch heute noch lustvoll nachlesbar. Also eigentlich kein realer Einblick in eine reale Arbeiterbewegung Tauberbischofsheims, sondern eine literarische Fiktion einer Arbeiterschaft einer Kleinstadt, insofern absolut studienwert!

„Die Frankenthaler“ in ihren ersten Auflagen sind in ihrer die damals niedergegangene Tauberbischofsheimer weinbauliche Wirtschaftsdominanz aufwärmenden Thematik dennoch ein klares lesenwertes Dokument eines Heimatromans, eines regionalen Romans im Spannungsbereich des Einbruches der Modernisierung. Gleichzeitige und ungleichzeitige Momente charakterisieren diese ersten Auflagen. Die Frankenthaler sind trotz aller antimodernen Gegentendenzen, ein interessanter Roman, der mit seiner Bezogenheit auf den sozialen Realismus, der kleinstädtischen Sozialstruktur, den Unterschichten – also den Bewohnern der Tauberbischofsheimer „Türkei“, der „Walachei“, der Frauenstraße – durchaus eine episch strukturierte Darstellung ihrer Lebenswelt einräumt. Die Frankenthaler geben sich als ein Kleinstadtroman, in der das Proletariat - also die kleinen armen Bischofheimer Leute, die von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit bedrohten Weinhäcker - zur Sprache kommt, in Aktion tritt, insbesondere in der Person des Hausierers Valtin Bundschuh, in späteren Auflagen in Valtin Gramlich umbenannt. Die Idylle einer Kleinstadt, die Harmonisierung, die Verdeckelung aller Konflikte in der Gemeinsamkeit biedermännlicher Kleinstadtbürger, wird von Weigand im Frankenthaler durchbrochen, letztendlich allerdings wieder eingeholt und hergestellt.

Herkunft bedingt gelingt ihm eine präzise Nachbildung der Sprache, der Sprachbilder,

ARBEITERBEWEGUNG

des Humors, der Gedankenwelt, des Verhaltens, der Alltags- und Lebenswelt der kleinen Leute Tauberbischofsheims, setzt er der Bischeimer „Türkei“ und „Walachei“ ein verewigendes Gedächtnis des waltenden Eigensinns, Herkunft verleugnend dringt seine selbst als sozialaristokratisch bezeichnete Welt des Entfliehens und auch Entkommens aus dem eigenen Milieu dennoch tief in die Frankenthaler ein. Die Frankenthaler Unterschicht kann sich nur kurzzeitig empören, ohne langfristige Konsequenzen radikalisieren, verbleibt krakeelend perspektivlos, ohne weitergehendes Sozialprogramm einer generellen Umgestaltung der eigenen Lebensverhältnisse. Helden für einen Abend, kurzfristiger Suff und schnell vergehende Auflehnung gegen die wahren Kleinstadtbeherrscher. Der Frankenthaler Revolution fehlt der Führer, der den Weg weist – dieser kann für Weigand nur ein völkischer sein, einer der die Massen nach der „Blut-und-Boden“-Ideologie führt. Der im Roman aus ärmlichen bäuerlichen Verhältnissen kommende Dr. Merkel – in dem sich Weigand hauptsächlich wohl selbst widerspiegelt - wird in den verschiedenen, überarbeiteten Auflagen zu dieser die Volksgemeinschaft herstellenden und führenden Persönlichkeit. Die Sozialdemokratie war zur Entstehungszeit des Frankenthalers Tauberbischofsheim fern. Die Unterschicht war noch von der niedergegangenen Häckerarbeit geprägt, Fabriken, aus derer Arbeiterschaft sich sozialdemokratische, sozialistische Bewegungen entwickeln konnten, fehlten in Tauberbischofsheim. Im Frankenthaler führte Weigand eine Papierfabrik ein, die den Anbruch der Industrialisierung, der Modernisierung, die Entstehung eines neuen Proletariats aus Fabrikarbeitern einleitete. Der heimliche Herrscher Frankenthals, der ehemalige Weinhändler und Fabrikgründer Gramlich sieht schon die Gefahr, dass die rote Fahne der Revolution über dem Rathaus weht, dass mit dem neuen Proletariat, das in den Unterschichtbezirken Frankenthals mit dem alten weinhäckerisch gefärbten Proletariat zusammenwohnte und vermengte, ein permanenter Brandherd in der behäbigen Kleinstadt, entstand.

Wilhelm Weigand: **Die ewige Scholle**. Roman. Berlin-Grünwald 1927.

Der Roman "Die ewige Scholle" entfernt sich Frankenthal, und damit auch Tauberbischofsheim, er regionalisiert den 1919 geschriebenen, aber erst 1935 im Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachfolger veröffentlichten braunen Hardcore-Roman "Die rote Flut". Dessen antisemitischer Primitivismus bleibt der "ewigen Scholle" erspart, da die linken Protagonisten (Sozialisten, Anarchisten) aus dem Frankenthaler Proletariat, aus der Hadmarshelle, stammen, keine jüdischen Persönlichkeiten aufweisen. Weigand spiegelt damit zumindest die reale Situation des Landjudentums wieder, deren Lebenseinstellung im Gegensatz zum urbanen Judentum konservativ, deutschnational geprägt war. Der in Bad Mergentheim geborene Felix Fechenbach, Kurt Eisners Sekretär, der im München nach 1918 eine wichtige Rolle

ARBEITERBEWEGUNG

spielt, ist eine Ausnahme, die sich allerdings nicht im Roman niederschlägt, auch wenn die Romanfiguren so tun, als wäre die Münchner Regierung auch die Landesregierung von Frankenthal.

Die "ewige Scholle" weist auf den Stadt-Land-Gegensatz hin, hier besonders zwischen der städtischen, proletarischen Bevölkerung von Frankenthal und dem bäuerlich geprägten Dorf Bilzheim. Den Bauern wird vorgeworfen, den "Hamstern" gegenüber hart gewesen zu sein, Lebensmittel verweigert zu haben. Viele der Bauern sind selbst in Not, hoch verschuldet, ihre Höfe werden versteigert, zum Teil vom Adel für billiges Geld aufgekauft. Auch sind die Bauern gegenüber dem neuen sozialistischen Volksstaat, gegenüber den Versprechungen die großen Güter für freie Bauern auf eigener Scholle aufzuteilen, mißtrauisch. Sozialistische Frankenthaler versuchen in der Dorfwirtschaft von Bilzheim Landagitation zu treiben, bleiben aber selbst gegenüber den konservativen, eher verstockten Bauern in vorwurfsvoller Haltung stecken. Eine Begegnung auf dem Pulverfaß, die leicht nach Provokationen zu Schlägereien führt. Vielleicht fand Weigand mit dem sozialistischen Wahlkandidat Wasserzieher sein Vorbild in dem aus Tauberbischofsheim stammenden SPD/USPD-Mitglied, führendem Gewerkschaftsfunktionär, Abgeordneten und Minister Hans Brümmer, nach einer Rede im Tauberbischofsheimer Rathaus Dezember 1918 von der lokalen Presse als "Radikalist reinstens Wassers" bezeichnet? Der bei der Wahl durchfallende Wasserzieher gab dann ein Blättchen, die "Fränkische Volkswacht" heraus. Wasserzieher interpretierte die "Münchner Ereignisse und ihre Rückwirkung auf die Provinz", also auf Kleinstadt, Dorf und Region. Also eine Umsetzung, an der es allerdings der realen sozialistischen, sozialdemokratischen, kommunistischen Politik schwer mangelte, da der urbane Blick, das Festmachen an den fortgeschrittensten Arbeitern und Produktivkräften städtisch dominiert war und selten auf die Ebene der Provinz definiert wurde.

Als ein Nachklang der Münchner Ereignisse marschiert eine proletarische Schar von "hundert jungen Leuten, unter denen sich etwas ein Dutzend Matrosen befand" zum Schloß des Fürsten von Weiningen, Monrepos, um "dem Fürsten ein Ständchen zu bringen", "an das die Durchlaucht denken werde". Dabei geht das Schloss in Flammen auf. Bei der Einweihung der Siedlung laden sich die Frankenthaler Proleten selbst ein und ein Streit mit den jungen Bauern aus Bilzheim entwickelt sich, bei dem einer der Siedler erstochen wird. Weigand beschreibt das Frankenthaler Proletariat als durchaus gewalttätiges.

Dieter Wieland: **Gassenlicht. Eine Kindheit in Schwäbisch Hall.** Baier BPB Verlag, Crailsheim 2003 (ISBN 3-929233-34-7)

Der Roman der kleinstädtischen Arbeiterbewegung! Wie lange musste man auf solch ein Wunderwerk warten? Verfilmungswert! Wieland spricht mit der Sprache der

ARBEITERBEWEGUNG

kleinstädtischen Proleten, aber in keiner verarmten, sondern in einer alles mitreißenden Sprach- und Formulierungslust. Sensationell, unglaublich gut! Das Proletariat zum Sprechen bringen! Wer könnte das besser als Dieter Wieland?! Wer sich mit der Arbeiterbewegung in einer Kleinstadt befassen will, muß dieses Buch lesen! Wer sich für eine Kleinstadt, den Bewohnern der Kleinstadt, dem Leben in einer Kleinstadt interessiert, kann an diesem Buch nicht vorbei. Wunderbar der innerfamiliäre Zusammenstoß von kommunistisch und christlich-pietistisch geprägten Verwandtschaften.

ARBEITERBEWEGUNG

- DGB Gewerkschaftsarbeit / Gewerkschaftsjugend
in der Region Mainfranken, Tauberfranken,
Badisches Frankenland, Württembergisch Franken,
Hällisch-Franken und Franken-Hohenlohe -

Gewerkschaftsarbeit auf dem Land

Gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Provinz ist genauso wie die gewerkschaftliche Arbeit auf dem Lande ein Stiefkind der politischen Arbeit im Hinterland. Die Arbeiterbewegung ist noch lange nicht bis in die Provinz vorgedrungen, auch wenn man hier und da desöfteren Autos mit dem rot-gelben Aufkleber des DGB stehen sieht.

Warum dies so ist, soll im folgenden Beitrag kurz skizziert werden. Eine ausführliche geschichtliche Darstellung kann hier nicht geleistet werden.

Gewerkschaft auf dem Lande

Die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit in der Provinz hängen sehr eng mit der Wirtschaftsstruktur auf dem Lande selbst zusammen:

- viele Kleinbetriebe, nur wenige Mittel und Großbetriebe;
- geringer Organisationsgrad bei den Gewerkschaften, kaum hauptamtliche Mitarbeiter in den Kleinstädten;
- anti-gewerkschaftliche Vorurteile (ehemalige Bauern, die zu Arbeiter wurden; deklassierte Handwerker mit ihrer Distanz zur solidarischen Zusammenarbeit);
- geringe Facharbeiter-Schicht in den Betrieben, da diese meist weniger-qualifizierte Ableger qualifizierter Arbeitsplätze (d. h. Auslagerungen) von größeren Mutter-Betrieben sind. Die gewerkschaftliche Arbeit stützt sich aber zum großen Teil auf diese Facharbeiter-Aktiven;
- große Entfernungen untereinander: die Arbeitskollegen sind meist nur im Betrieb zusammen und dann über die Ortschaften verstreut und für gewerkschaftliche Arbeit kaum ansprechbar.

Zu diesen Strukturproblemen gewerkschaftlicher Arbeit in der Provinz kommen noch als Bewußtseinsproblemen hinzu:

- Gewerkschaftliche Arbeit gilt als ständiger Unruheherd („Aufwieglere“); der „Ruf“ des

ARBEITERBEWEGUNG

Unternehmens (das gönnerhafte Getue um zusätzliche Sozialleistungen und Spenden an die örtlichen Vereine) wird angekratzt.

- Aktive Gewerkschafter sind sehr gefährdet, da der Druck noch über den Betrieb hinausreicht (als Politischer verschrien).

- Die gewerkschaftliche Arbeit ist of ein ent-politisierter Alltag, in dem ganz andere Interessen eine Rolle spielen als die Interessenvertretung der Kollegen (z.B. betrachten einige Betriebsräte ihren Posten eher als Sympathiebeweis wie bei einem Vereinsvorstand und sonnen sich in der Repräsentation. Diese Kollegen sind dann persönlich beleidigt, wenn sie auf Mängel in ihrer Arbeit hingewiesen werden. Von diesen Karriere-Gewerkschaftlern, die nicht selten die beste Mitarbeiter der Firma sind, gibt es in der Provinz gerade genug.

- Ein Rauschmiß von Gewerkschaftlern hat meist diskriminierende Folgen: Wechsel des Arbeitsplatzes, da die meisten durch Hausbau und verwandtschaftliche Beziehungen ortsgebunden sind. Dies verstärkt allgemein die Anpassung und das Radfahrertum im Betrieb, denn keine will sich die eigene Lebensperspektive (zweiter 8-Std.-Schwarzarbeit-Arbeitstag, Nebenerwerbslandwirt, Hausbau etc.) vermasseln.

Diese Grobskizze gewerkschaftlicher Arbeit in der Provinz schlägt auch auf die Jugendarbeit in der Provinz durch, denn in der Gewerkschaftsjugend sollte eigentlich der Teil der Mitglieder noch zu finden sein, der am stärksten gegen diesen verordneten Stillstand revoltiert.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Provinz

Gewerkschaftliche Jugendarbeit darf gerade in Provinz den Jugendlichen nicht nur als Arbeitnehmer sehen, sondern in der Gesamtheit seiner Interessen und Bedürfnisse. Da bei Auseinandersetzungen im betrieblichen Bereich starker Druck auf den Jugendlichen ausgeübt wird, herrscht hier eine starke Resignation vor. Gerade in der Provinz stehen die Jugendlichen, wenn sie sich gewerkschaftlich engagieren wollen, alleine da. Es gibt kaum erwachsene Kollegen, die sie unterstützen. Auch viele Gewerkschaftsmitglieder halten bestimmte gewerkschaftliche Forderungen für Großbetriebe zwar für richtig, für Kleinbetriebe in der Provinz aber nicht zutreffend oder durchsetzbar. In der Provinz ist auch oft noch üblich, dass die Eltern eines Jugendlichen, den Chef des Betriebes selber kennen und dadurch der Jugendliche den Ausbildungsplatz erst überhaupt erhalten hat. Gewerkschaftliches Engagement wird dann von Chef und Eltern als Undankbarkeit betrachtet.

Da in der Provinz auch massive Vorurteile gegenüber den Gewerkschaften bestehen, ist es für Jugendliche schwierig, einen ersten Bezug zu ihnen zu bekommen. Die Richtigkeit der Forderungen der Gewerkschaften ist für den einzelnen Jugendlichen nur schwer prüfbar. Für ihn zählen Organisationen, die ihm konkret und sofort etwas „bringen“. Dies ist für ihn die Möglichkeit, die Nützlichkeit einer Organisation und die Richtigkeit derer Ziele in eine für ihn überschaubaren Rahmen zu überprüfen. Fordert gewerkschaftliches Engagement von ihm betriebliche Auseinandersetzung, die im vorneherein

ARBEITERBEWEGUNG

als für ihn gefährlich erkannt werden, dann erscheint auch gewerkschaftliche Arbeit im Alltag als gefährlich.

Dabei ist zu beachten, dass für einen Jugendlichen in einem Kleinbetrieb in der Provinz nicht nur eine eventuelle Kündigung gefährlich ist. Da er nur mit wenigen Kollegen und oft mit dem Chef persönlich dauernd zusammenarbeiten muss, führt ein Zerwürfnis mit ihnen zu einem für ihn unerträglichen Arbeitsklima. Er hat, hier nicht wie in einem Großbetrieb wenigstens einige, die ihm den Rücken stärken. Es fehlt ihm hier zu oft der persönliche Rückhalt.

Die Notwendigkeit für gewerkschaftliche Arbeit ist die Solidarität. Diese Solidarität ist aber nicht nur durch Appelle erreichbar. Für den Jugendlichen in einem Kleinbetrieb, der sich nicht mit seinen Kollegen versteht, bleibt Solidarität ein hohles Wort. Er kann sie mit seinen Kollegen auf absehbare Zeit nicht erreichen. Solidarität muß aber gerade für die Jugendliche erlebbar sein. Das Erleben des persönlichen Rückhaltes vermittelt ihm ein Gefühl von Solidarität. Damit diese Solidarität entsteht, benötigen die Jugendlichen nicht nur sachliche, sondern auch emotionale Übereinstimmung. Diese kann aber nicht durch Gremienarbeit oder bei Diskussionen über gewerkschaftliche Themen vermittelt werden. Sie bedarf eines längeren persönlichen Zusammenhanges. Gewerkschaftliche Jugendgruppen können hier einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Forderungen an die praktische Gewerkschaftsarbeit in der Provinz

- Es wäre sinnvoll, wenn sich Jugendliche, die aktiv in der Gewerkschaft arbeiten, gemütlich außerhalb des Betriebes (im Jugendhaus, wechselseitig privat, am Jugendstammtisch der Gewerkschaft) treffen können. Dieser persönliche Bezug verstärkt die Solidarität, hebt die Vereinzelung auf und erweitert die Gewerkschaftsarbeit über die bloße Betriebsarbeit hinaus. Der persönliche Bezug ist ein wesentlicher Faktor für politische Arbeit.
- Durch gemeinsame Aktivitäten in Freizeit- und Feierabendbereich (Besuch von Veranstaltungen, Rockfeten etc.) kann auch die Zusammenarbeit am Arbeitsplatz wesentlich stabilisiert werden, denn es bildet sich ein fester emotionaler Rückhalt heraus. Durch die gemeinsame Verbringung der Freizeit wird auch ohne besonderen Organisationszwang viel über Probleme im Betrieb geredet.
- Der Cliquenzusammenhang von Jugendlichen in der Gewerkschaft kann nur dann politisch weiterbringen, wenn er am Ort eine feste politische Struktur besitzt. Da gerade in der Provinz nicht selten zu wenige Jugendliche in den Einheitsgewerkschaften aktiv sind, erscheint es sinnvoll, keine einzelgewerkschaftlichen, sondern nicht-betriebliche Jugendgruppen des DGB vorort aufzubauen. Diese Jugendgruppen sollten regional mit anderen Gruppen vernetzt sein und in Informationskontakt stehen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit für den Eintritt in und Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaften läuft am besten über persönliches Ansprechen, weniger gut über

ARBEITERBEWEGUNG

Infostände, die in der Provinz immer noch den Beigeschmack politischer Marktschreier und eines öffentlichen Prangers haben. Eine Mitarbeit von Jugendlichen in der Gewerkschaft in örtlichen und regionalen Alternativzeitungen (Berichterstattung) erscheint für eine Verbreiterung der Basis und zur Öffentlichkeitsarbeit äußerst sinnvoll.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Region, am Ort und im Betrieb, aber auch in der Gewerkschaft verankert sein. Leider ist diese Verankerung innerhalb der Gewerkschaft allein über gelegentliche Besuche von Hauptamtlichen (aus der nächsten Metropole), über abstrakte Schulungen zum Betriebsverfassungsgesetz und das gespannte Verhältnis zwischen aktiven Jungen und taktierenden Alt-Gewerkschaftlern nicht gerade sehr gut.

Hier wäre die Forderung nach hauptamtlichen Jugendsekretären im Kreis, auf die Ausrichtung der Schulungsinhalte nach den Bedürfnissen der örtlichen Jugendgruppen und nach einer öffentlicheren und attraktiveren Gewerkschaftsarbeit (Wegfahren, zusammen die Wochenende erleben; Verbindung von persönlicher Emanzipation und gewerkschaftlicher Arbeit) zu stellen. Gewerkschaftliche Arbeit darf nicht ‚trocken‘ sei und nur in Frei-Sauf-und Fress-Feten untergehen, sondern muß sinnlich beweisen, wozu sie wichtig ist.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit braucht dazu mehrere Jahre lang Zeit, um den entsprechenden Rückhalt zu erarbeiten und einen Stab von Aktiven, den die Gewerkschaft nur halten kann, wenn die innergewerkschaftlichen Freiräume vergrößert werden, wenn die Gewerkschaft regional gestärkt wird (Dezentralisierung von Mitteln und Hauptamtlichen anstelle der Politik der gewerkschaftlichen Rationalisierung im Apparat) und Beschlüsse gegen die DGB-Jugend (Pro Atomkraft) zu Fall gebracht werden.

Dazu ist noch ein weiter Weg, denn die Gewerkschaft hat noch überhaupt keine Vorstellung davon, welche Aufgabe sie in der Provinz hat, welche wesentliche gesamt-politische Funktion sie für eine Überwindung des Hinterlandes besitzt, denn sie geht immer noch den kapitalistischen Weg der zunehmenden Konzentration in den Ballungsräumen und entfremdet sich damit immer mehr von der Basis der Aktiven.

Vielleicht kann diese Nummer der TRAUM-A-LAND dazu beitragen, einmal eine Diskussion über die Probleme der Gewerkschaftsarbeit in der Provinz anzuleiern, denn an dieser Nummer haben bereits einige aktive Gewerkschafter mitgewirkt. Auch die Arbeitswelt in der Provinz braucht den regionalen Zusammenhang, um das politische Selbstbewußtsein zu stärken. Der TRAUM-A-LAND-Zusammenhang bietet sich dazu an.

Aus: Gewerkschaftsarbeit auf dem Land. In: TRAUM-A-LAND Nr. 16, Nov. / Dez. 1980 Schwerpunkt „Arbeitswelt, Gewerkschaft“, S. 5 - 7

DGB-Jugend

- Interview mit DGB Sekretär Main-Tauber-Kreis Sepp Stöger (Inhaltliche Wiedergabe des Interviews)

Was läuft an Gewerkschaftsarbeit im Jugendbereich?

Die IG Metall, als stärkste Einzelgewerkschaft im Main-Tauber-Kreis, bildet im Jugendbereich einen eigenen Ortsjugendausschuß, der Veranstaltungen und Sitzungen vorbereitet. Die große Flächenausdehnung (Niederstetten – Mosbach – Wertheim) erschwert die Zusammenarbeit.

Bei der IG Chemie soll einiges in Wertheim laufen. Genaueres war aus Sicht des DGB nicht zu erfahren.

Der DGB – als Dachorganisation der Einzelgewerkschaften, in denen die eigentliche Gewerkschaftsarbeit läuft – koordiniert die Einzelaktivitäten im Kreisjugendausschuß und führt selbst Jugend-Wochenende-Schulungen durch.

Der Ablauf der DGB-Wochenendschulung

Eingeladen werden Jugendliche über die Lokalpresse, Betriebsräte und die SMV der Berufsschulen. Getagt wird meist in Gastwirtschaften (z. B. ‚Block‘ in TBB). Beginn ist am Samstag-Nachmittag. Ein früherer Beginn ist nicht möglich, da Samstag-Vormittag noch einige Jugendliche (Bäcker, Metzger-Lehrlinge) arbeiten müssen und die Wochenendschulungen gerade die unorganisierten Jugendlichen in den Kleinbetrieben erreichen sollen (Bereich Handwerk).

Die Schulung beginnt meist mit einer persönlichen Vorstellung und Aussprache (Wie bist Du zu Deinem Beruf gekommen? Ist das Dein Idealberuf? Hattest Du andere Vorstellungen?). Darauf folgt ein Überblick über die Ausbildungsmöglichkeiten im Kreis oder ein Referat über das Berufsbildungsgesetz (Werden die rechtlichen Bestimmungen bei der Ausbildung eingehalten?). Häufiges Thema sind Fragen des Jugendarbeitsschutzes und der Ausbildungsvergütung – also recht praktische Informationen. Am Samstag-Abend wird zwar Übernachtung angeboten, aber die Jugendlichen fahren in der Regel alle nach Hause (und bekommen das Fahrtgeld erstattet). Die Schulung geht am Sonntag um 8.30 Uhr weiter und dauert bis 15.00 Uhr. Als Fress- und Sauffeten können diese Schulungen nicht bezeichnet werden, da die Spesen (6 DM am Tag) und die freie Verpflegung und Unterkunft als Anreiz nicht ausreichen. Der DGB ist an die Tagessätze des Landesjugendplanes gebunden.

Auf die Frage angesprochen, ob diese Veranstaltungen nicht unter der Überbetonung der Wissensvermittlung und der Vernachlässigung der persönlichen Seite (Kennenlernen) leiden, wurde geantwortet: die Jugendlichen wünschen dies so – wollen den Sams-

ARBEITERBEWEGUNG

tag-Abend frei haben. Außerdem gibt es keine Tagungshäuser im Kreis und in Jugendherbergen will keiner (Alkoholverbot).

Anders verlaufen die Wochenschulungen der Jugendvertreter ab. Sie erhalten für diese Zeit Bildungsurlaub, d. h. sie werden weiterhin bezahlt. Sepp Stöger umschrieb diese Schulungen so: „Jeder der Führerschein macht, muß in Theorie und Praxis geprüft werden, über seine Rechte bescheid wissen.“ Da es im Kreis nicht mehr so viele Jugendvertreter gibt (Sepp Stöger führt dies auf die späteren Schulabgänger zurück), haben auch die Wochenlehrgänge abgenommen.

Gibt es eine Gewerkschaftsfeindlichkeit in der Provinz?

Sepp Stöger hat dies im Ganzen verneint. Einige hätten zwar etwas gegen Gewerkschaften, weil diese immer etwas fordern würden, aber eine Gewerkschaftsfeindlichkeit sei dies nicht. Wenn Gewerkschaften keinen Zugang zu den Kleinbetrieben finden, dann liegt es daran, dass sie kein Recht haben in Betriebe ohne organisierte Arbeitnehmer zu gehen.

Für Jugendliche in Kleinbetrieben könne der DGB deshalb nur sehr wenig tun. Sie müssten dann eben die „3 Jahre absitzen“, weil sie nur Nachteile hätten, wenn sie auf ihre Rechte pochen würden.

Der Rückgang der Jugendarbeit in den Gewerkschaften

Es sei ein großer Rückgang in der Jugendarbeit in den Gewerkschaften zu erkennen. Selbst in Mannheim, wo die Jugendsekretärin, die auch den Main-Tauber-Kreis mitbetreue, sitzt, sei das Engagement sehr zurückgegangen. Sepp Stöger hat dafür eine Erklärung: „Die heutigen Jugendlichen haben eine Freundin, einen PKW, die Ausbildungsgütung, die kann sich sehen lassen – Sie lieben mehr die Unabhängigkeit“.

Auf die Frage, dass hier doch auch andere Bedürfnisse (Freizeit) eine Rolle spielen und der DGB sich deshalb umstellen müsse und auch im Freizeitbereich aktiver werde müsse, um die Jugendlichen zu halten, antwortete Sepp Stöger: Dies sei nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Sie habe sich um arbeits- und sozialrechtliche Belange der Mitglieder zu kümmern und das auf Betriebsebene. Was die Leute in ihrer Freizeit machen, sei ihnen überlassen. Für die Organisation der Freizeit seien die Kommunen zuständig. Die Gewerkschaften können nicht ihre Mitgliedsbeiträge dafür verschwenden. Ein Disco-Abend brächte zwar ein volles Haus voller Unorganisierter, aber wenn dann einer ans Mikrofon gehe und etwas von Gewerkschaft sage – dieses Gejohle und Gepfeife wolle er nicht mit anhören.

ARBEITERBEWEGUNG

Der Generationskonflikt in den Gewerkschaften

Ein solcher existiere ja überall – meinte Sepp Stöger. Wenn Jugendliche nicht immer die Solidarität des Betriebsrates fänden, so liege dies nicht selten daran, dass sie sich über jede Kleinigkeit aufregen und im Betrieb eben ein Diktat von Seiten des Eigentümers ausgehen, das das Klima verschlechtere. Innerhalb der Schulungen sei das Verhältnis besser und kollegialer.

Aus: DGB-Jugend. In. TRAUM-A-LAND Nr.17, Jan./Feb. 1981 Schwerpunkt Jugend in der Provinz, Seite 15 / 16.

Gewerkschaftsjugend in der Provinz - am Beispiel der IG Chemie-Jugend in der Enka AG, Obernburg

Regionales und Betriebliches

Obernburg, Standort des Betriebes, in dem die angeführte Jugendgruppe der IG Chemie besteht, liegt im Landkreis Miltenberg. Einem Landkreis, der mit nur 6,8% der Einwohner in der Land- und Forstwirtschaft und 43,1% Erwerbstätige insgesamt nicht zu den als besonders ländlich anzusehenden Regionen Bayern zählt (bayer. Durchschnitt der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten: 19.4%). Drei Viertel der Landwirte sind dazu noch Nebenerwerbslandwirte oder werden wohl bald zu Nebenerwerbslandwirten werden, da ihr Betrieb weniger als 5 ha umfasst und somit schon jetzt nicht genügend rentabel ist, oder dies im Zuge der Automatisierung in der Landwirtschaft wohl werden wird.

Von den abhängig Beschäftigten sind 59% Arbeiter, was auch untypisch für bayerische Provinzen ist (Durchschnitt ganz Bayerns: 46,2%). Das Werk Obernburg der Enka AG schließlich passt auch nicht in das idyllische Provinzbild, das man sich angesichts der fränkischen Fachwerkhäuser in Miltenberg, Obernburg oder anderen Städten des Kreises, sowie angesichts der Weinberge etc. im Allgemeinen macht: Der Betrieb bringt es immerhin auf fast 5000 Beschäftigte, davon rund 1500 Ausländer, meist Türken.

Somit dürfte auch die Situation der Jugendlichen in diesem Betrieb nicht unbedingt typische für alle lohnabhängigen Provinzjugendlichen sein. Denn ein Großbetrieb hat andere Aktionsmöglichkeiten und andere Probleme als sie in einer Schreinerei oder kleinen Kleiderfabrik auftauchen.

Die Gruppe

Den ersten größeren „Aufruhr“, den die organisierte Jugend in der Enka Obernburg vollbrachte, war 1974 die Sache mit den sozialpädagogischen Lehrgängen, die die Betriebsführung jedes Jahr für die neuen Auszubildenden auf der Burg Rieneck veranstalten lies. Diese Lehrgänge fanden während der Probezeit statt, man war also gezwungen, das Maul zu halten (ansonsten drohte Nichtübernahme in das Ausbildungsverhältnis). Außerdem fanden die Maßnahmen unter Anwesenheit der Ausbilder statt, die die Lehrlinge gegeneinander hetzten und jeden Keim solidarischem Verhaltens im Ansatz erstickten. Unterordnung, „Freizeit“ als Pflichtübungen unter Anordnung der Ausbilder, Redeverbote etc.

Und 1974 war es den Auszubildenden dann zuviel: Sie verfassten ein Flugblatt, schalteten die Gewerkschaften ein, die dazu ebenfalls in einem Flugblatt Stellung nahm, und erreichten nach langem Hin und Her die Absetzung dieser Lehrgänge, die weder sozial und pädagogisch, sondern undemokratisch und diktatorisch waren. Seit 1975 werden jetzt Wochenlehrgänge nach der Probezeit und ohne Ausbilder durchgeführt. Sie dienen

ARBEITERBEWEGUNG

zwar immer noch dazu, die Lehrlinge auf Kapitalisten-Linie auszurichten (Vortrag über freie Marktwirtschaft und die bösen Russen); es besteht aber wenigstens für kritische Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, mal das Maul aufzumachen und eine andere Meinung zu vertreten. Außerdem ist die Freizeit größer, in der man über den Inhalt der Vorträge und Aktivitäten diskutieren kann. Ein Schritt wäre also gemacht – ein erster Schritt. Der nächste, der bereits angegangen wird, ist die Durchsetzung der Forderung, dass die Jugendvertretung an einem Tag Gelegenheit bekommt, sich ohne Kontrolle mit den Lehrgangsteilnehmern zu unterhalten.

Momentan ist die Jugendgruppe in Zusammenarbeit mit der Jugendvertretung dabei, die Beurteilungsbögen für kaufmännische Auszubildende durch Ausbildungsstandkontrollen zu ersetzen, die keine Bewertung der persönlichen Zu- und Abneigung des jeweiligen Ausbilders enthalten, sondern nur noch darüber Auskunft geben, ob alle Teile der Ausbildung auch absolviert wurden.

Filme (unter anderen „Paul Jacobs und die Atombande“, Feten (Spanferkelessen usw.) und noch andere Sachen (als besonderen Gag: gemeinsames Ostereiersuchen) gehören natürlich auch noch zum Programm der Gewerkschaftsjugend. Zusammen kämpfen und zusammen feiern, und natürlich zusammen lernen! Miteinander und voneinander.

Zu dem gemeinsamen Lernen gehören zweifelsohne auch die Gewerkschaftsschulungen, die jetzt im Oktober / November wieder laufen. Hier hat man an mehreren Wochenenden endlich einmal länger Zeit, sich zu unterhalten, sich über umfangreichere Probleme zu unterhalten, natürlich auch über außerbetriebliche. Jeder Arbeitnehmer ist zwar acht Stunden am Tag in eine Knochenmühle namens Betrieb eingesperrt, hat aber natürlich auch noch andere Interessen, als das eine, seine Situation am Arbeitsplatz zu verbessern. Und schließlich lernt man sich auf den Schulungen wesentlich besser kennen, als z. B. in den 40 Minuten Mittagspause im Betrieb.

Besonderes

Eine besondere Situation der Jugendlichen in der Enka AG Obernburg besteht auch noch darin, dass keiner mehr einen Lehrvertrag erhält, von dem nicht mindestens ein Elternteil im Werk arbeitet. Dadurch sind die Jugendlichen über ihre Eltern bestens reglementierbar, indem z. B. der Ausbilder eines aufmotzenden Lehrlings dessen Vater anruft. „He Schorsch, dein Sprössling macht Dummheiten!“ und der Vater nichts Eiligeres zu tun hat, als seinen Sohn anzuschreiben und zu bestrafen, weil Herr Papa ja seinen guten Ruf wahren muß (Aufstiegschancen etc.) und dazu kein aufmüpfiger Sohn passt. Somit tritt der Betrieb dem Lehrling gegenüber gar nicht als Bestrafer auf. Darüber hinaus fehlt auf dem Land, und der Landkreis Miltenberg ist trotz überdurchschnittlicher Arbeiter- und unterdurchschnittlicher Bauernzahl noch immer Provinz, das in Ballungsgebieten traditionelle Klassenverhalten der Arbeiter.

ARBEITERBEWEGUNG

Auch durch die oben erwähnte Nebenerwerbslandwirtschaft, die auch bei Arbeitern in der Enka weit verbreitet ist, ergibt sich ein besonderer Aspekt: Man ist nicht ausschließlich auf die Arbeit in der Fabrik angewiesen, man hat noch Grund und Boden und fühlt sich somit nicht in erster Linie als Arbeiter, sondern als Besitzender, sieht sich mehr auf der Seite der Kapitalisten. Das alles bedingt auch, dass die Eltern im Konfliktfall nicht ihrem Sohn oder ihrer Tochter beistehen, sondern sie sogar bestrafen, weil sie im Betrieb ihr Maul aufgemacht haben.

Zusammenarbeit mit Jugendinitiativen

Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsjugend mit den Jugendhaus-Initiativen im Landkreis ist eine ziemlich eindeutige Sache. Die Gewerkschaftsjugend hat z. B. Mitglieder der JI Obernburg 1978 zu einer Dachau-Fahrt eingeladen, die JI Miltenberg wurde bei einem Gewerkschaftsstammtisch geplant und von jungen Gewerkschaftern dann auch mit aufgebaut und schließlich setzte sich der Ortsjugendausschuß der IG Chemie in Presseartikeln und Briefen an die Kreistagesfraktionen für Jugendzentren im Kreis Miltenberg ein.

Aus: Martin, Gewerkschaftsjugend in der Provinz am Beispiel der IG Chemie-Jugend in der Enka AG, Obernburg. In: TRAUM-A-LAND Nr. 16, Nov. / Dez. 1980 Schwerpunkt „Arbeitswelt, Gewerkschaft“, Seite 8 / 9

Ländliche Gewerkschaftsarbeit und gewerkschaftliche Jugendarbeit auf dem Lande

Der Provinzforscher, Provinzarbeiter, Traumaland-Akteur Albert Herrenknecht (www.provincia.de), aus Niklashausen stammend, legte in den 1980er Jahren einige wichtige Betrachtungen zur gewerkschaftlichen Arbeit in der Provinz vor.

Die Situation von Arbeiterjugendlichen, von Arbeitern, von Arbeiter-Bauern auf dem Lande, die innere Provinzialisierung, die Patron haften Provinzunternehmer, die ländliche Arbeitsmoral wurden aufgearbeitet im Aufsatz von:

Albert Herrenknecht, **Strukturprobleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit auf dem Lande**, in: Albert Herrenknecht/Detlef Lecke (Hrsg.): **Jahrbuch Provinzarbeit I**, München 1981, S. 119-120 (Das Buch ist nur noch über Pro Provincia, Franken-Dom-Str. 74, 97944 Boxberg-Wölchingen erhältlich).

In den Gewerkschaftlichen Monatsheften Heft 11/1988 Seite 684ff. veröffentlichte Albert Herrenknecht zusammen mit Martin Struller Überlegungen zur Neubestimmung der Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande:

Martin Struller/Albert Herrenknecht, **Für eine neue Solidarität mit der Provinz - Überlegungen zu einer Neubestimmung ländlicher Gewerkschaftsarbeit**

Es bedarf einer eigenständigen provinziellen Gewerkschaftspolitik, die den Besonderheiten ländlicher Produktions- und Lebensverhältnisse Rechnung trägt. Darin hegt die Chance, sich nicht nur als Organisation auf dem Lande zu verbreiten, sondern auch neue Aufgaben wahrzunehmen und sich wieder offensiv regionalpolitisch zu profilieren.

Als PDF-Ausgabe zu finden auf::

http://library.fes.de/gmh/main/jahresin/1988/jahres_8811.html

<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1988/1988-11-a-684.pdf>